

Ostdeutsche Bau-Zeitung

Verlag Paul Steinke
Breslau I, Taschenstr. 9. — Tel. 1660.

Erscheint jeden Mittwoch u. Sonnabend.
Bezugspreis vierteljährlich 2,00 Mark.

Schriftleitung: Prof. Just, Architekt,
Breslau.

Alle Sendungen sind nicht an Personen, sondern nur an die „Ostdeutsche Bau-Zeitung“, Breslau I, zu richten.

Inhalt: Betondächer. — Eiserne Veranda für mehrere Geschosse. — Zu § 153 G.-O. — Teerkies als Strassenbelag. Verschiedenes. —
Rechtswesen. — Handelsteil. — Streikbewegungen. — Bautätigkeit.

Betondächer.

So mustergültig und zweckmässig die modernen Bauwerke der Hüttenbetriebe, wie Giessereien, Erzzüsterien und überhaupt Gebäude, in denen sich zerstörende Gase entwickeln, auch angelegt werden, die Frage der Dachabdeckung hat selten ihre richtige Lösung gefunden.

Man hat sich bisher immer wieder der beiden Materialien Holz oder Blech (Wellblech) bedient und gar bald ergab sich die Notwendigkeit einer Verbesserung oder nicht selten auch einer gänzlichen Erneuerung. Hier kommt uns ein Baumaterial zu Hilfe,

Abb. 1.

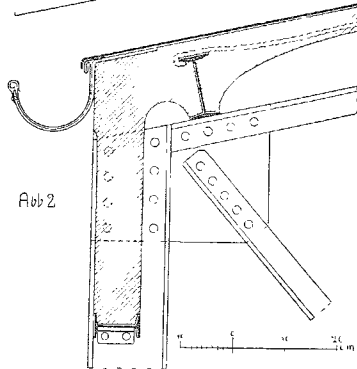
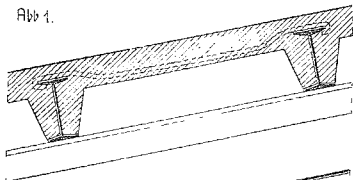


Abb. 2

welches wie kein anderes befähigt ist, den gestellten Anforderungen, wie Feuersicherheit, Widerstandsfähigkeit gegen zerstörende Gase, Dauerhaftigkeit usw. in ausgiebigster Weise gerecht zu werden: es ist der Eisenbeton, eine Verbundkonstruktion, bei der die beiden bewährten Baumaterialien Eisen und Beton durch zweckentsprechende Verteilung gleichzeitig nach ihren hervorragenden Eigenschaften (Eisen auf Zug, Beton auf Druck) ausgenutzt werden.

In neuerer Zeit ist diese Bauweise auch auf Dacheindeckungen ausgedehnt worden: die eigentliche tragende Dachkonstruktion (meist in Eisen) bleibt dieselbe wie bei den bisherigen Dachdeckungen; zwischen die Pletten, die beim Betondach senkrecht zur Dachneigung liegen müssen, werden in zu berechnenden Abständen und Stärken Drähte gespannt und lose um die oberen Plettenflanschen

gebahnt; sodann wird unter Anwendung einer zweckentsprechenden Schalung jedes Plettenfeld kappenförmig ausbetoniert. Für diesen Fall sind die Sparren vollständig entbehrlich; sollten es jedoch die Umstände (grosse Plettenentfernung) bedingen, dass durch die notwendig werdende Kappenstärke das Dach zu schwer wird, so können die Kappen auch zwischen die Sparren gespannt werden.

Zum Schutze gegen äussere Einflüsse wird die Betonplatte vorteilhaft noch mit Dachpappe abgedeckt. Was dieses Dach, das jedwede Unterhaltungskosten ausschliesst, an Mehrkosten in der Anlage erfordert, macht sich durch seine positive Dauerhaftigkeit reichlich bezahlt. Der Einwendung, dass die dünne Betonplatte das Eigengewicht der Dachhaut erhöht und somit eine Verstärkung der Tragkonstruktion bedingt, kann damit begegnet werden, dass die Betonplatte nicht nur in sich steif ist, sondern auch eine innige Verbindung mit dem anstehenden Umfassungsmauerwerk gestattet, so dass sich die Anordnung eines Windverbandes in der Dachebene vollständig einbringt (Fig. 2).

Möhrle, Ing.

Eiserne Veranda für mehrere Geschosse.

Von Regierungs-Baumeister Prof. von Pannowitz - Görlitz.

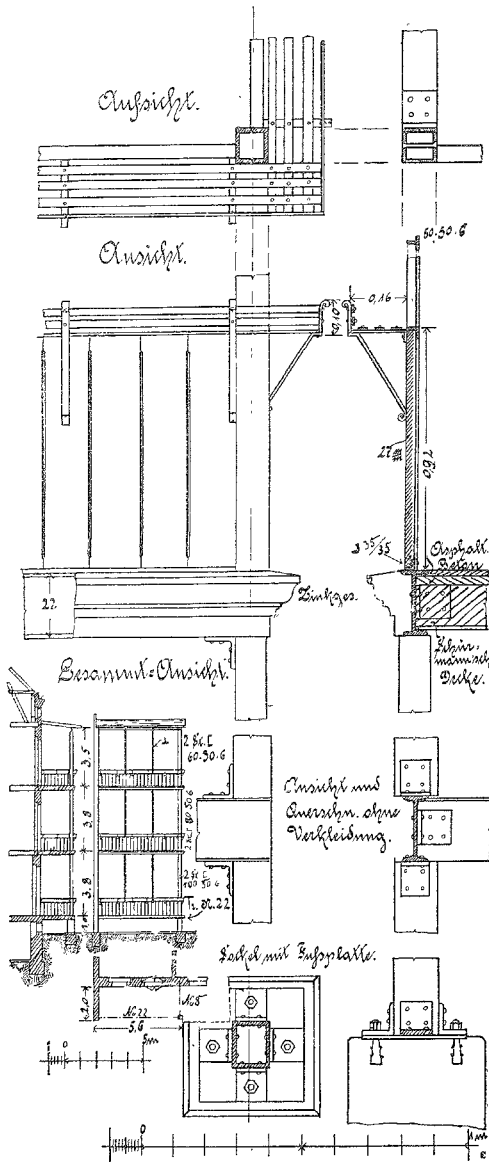
Für den Stadtbewohner, der über ein grösseres Gartengrundstück nicht verfügt, soll eine behagliche Veranda einen Ersatz gewähren für die grüne Laube, in welcher der Bewohner des Landes den Sommer geniesst. Die Neubauten der letzten Zeit zeigen auch, dass der Wert dieses Ersatzmittels immer mehr erkannt wird.

Die Anbringung der Veranden würde nun eine viel allgemeinere sein, wenn nicht den bisherigen Konstruktionen verschiedene Übelstände anhafteten, welche deren Einführung sehr im Wege stehen. Besonders ungünstig zeigen sich bei den bisherigen Veranden die Schwerfälligkeit, welche namentlich die Konstruktion aus Stein mit sich bringt, die Raumbeanspruchung bzw. unvollständige Raumausnützung, die Beanspruchung der Mauern des Hauses und die ziemlich beträchtlichen Kosten.

Durch die umstehend im Bilde erörterte Konstruktion werden die genannten Übelstände gänzlich beseitigt, und es wird durch dieselbe, wie mehrere Ausführungen zeigen, eine ebenso zweckmässige als gefällige Veranda geschaffen.

Die Schwerfälligkeit bzw. die grosse Schwere der bisherigen Konstruktion wird dadurch vermieden, dass an Stelle der gemauerten, meistens $1\frac{1}{2}$ Stein starken, die Aussicht und das Licht verbauenden Pfeiler, stehende E-Eisen treten. Auf diese setzt sich der Vorderträger, in der Zeichnung NP 22, welcher die Last einer Schürmann-Decke oder Eisen-Betonplatte unmittelbar aufnimmt. In die Wand geschnittene Quertträger sind bei der vorliegenden Konstruktion nicht nötig, es wird vielmehr als Anker nur der Träger NP 8 verwandt.

Eine bedeutende Gewichtsverminderung tritt ferner dadurch ein, dass an Stelle der schweren aufgemauerten mit Putz zu versehenen Simsen eine Trägerbekleidung aus gefälligen Zinksimsen tritt. Damit wird die Decke stets nur so hoch, wie der Vorder-



träger, wodurch der Lichteinfall in die unteren Fenster wesentlich gewinnt.

An die Stelle einer breiten Brüstung aus Mauerwerk oder Holz tritt hier eine nur 3 Zentimeter starke Bretterverkleidung, welche zwischen 33/35 starken Winkelleisen am äusseren Rande der Veranda gehalten wird.

Eine praktische und gleichzeitig architektonisch wirksame Ausstattung erfährt die Veranda durch ein dieselbe in Brüstungshöhe umgebenden Blumenbord.

Die Öffnung zwischen Brüstung und Decke wird durch eine Anzahl T-Eisen in Felder eingeteilt. In diese T-Eisen sind in gleicher Höhe Löcher eingebohrt, um zu ermöglichen, im Bedarfsfalle einzelne Teile je nach Zug oder Sonne mit Verglasung bezw. Jalousien zu versehen.

Da die bisher erfolgten praktischen Ausführungen dieser Konstruktion das Vorhandensein der in Vorstehendem angegebenen Vorzüge, Leichtigkeit, Gefälligkeit, günstige Raumaussnutzung, Lichtzulässigkeit, durchaus bestätigen, und sich auch die Herstellungskosten als beträchtlich geringer erwiesen, wie bei den früheren Konstruktionen, so dürfte wohl diese neue Veranda sich zu weiterer Verbreitung eignen.

Zu § 153 G.-O.

Dieser wohl zur Genüge bekannte Paragraph (Vernunftklärung behandelnd) scheint neuerdings seitens der Gerichte eine andere praktische Anwendung zu finden und einige konkrete Beispiele dürften jeden Arbeitgeberverband als auch Angehörigen desselben interessieren.

Anlässlich des bekannten Prozesses, welcher kürzlich in Breslau gegen den ehemaligen Kaiserdeputierten Hirsch stattfand, machte gegen Schluss der Verhandlung der Rechtsanwalt Simou die bedeutsame Mitteilung, dass das Oberlandesgericht die Eröffnung des Strafverfahrens gegen die Direktoren der Aktien-Gesellschaft für Maschinenbau, deren Regierungsrat von Glasenapp und Neumann (Mitglieder des Verbandes der Industriellen), aus § 153 der Gewerbeordnung angeordnet habe, während das Landgericht und der Staatsanwalt dies abgelehnt haben. Diese Entscheidung hat begreifliches Aufsehen hervorgerufen, und sie erregt auch den Widerspruch konservativer Blätter. Ein merkwürdiges Urteil nennt der »Reichsbote« die Entscheidung und führt zur Begründung aus:

»Wir möchten bezweifeln, dass dieses Urteil in weiteren juristischen Kreisen Beifall findet. Jedenfalls wird man es in bürgerlichen Kreisen nicht als strafbares Vergehen ansehen, wenn Arbeitgeber und Arbeiter in ihren Lohn Differenzen ihre Forderungen dadurch durchzudrücken suchen, dass sie einander Streik oder Aussperrung in Aussicht stellen; denn Streik und Aussperrung sind keine strafrechtlichen Handlungen. Solche der streitenden Parteien unangenehme Folgen werden bei derartigen wirtschaftlichen Differenzen immer in Aussicht gestellt, um die Gegenseite zum Nachgeben zu bewegen. Die Androhungen, welche der § 153 der Gewerbeordnung verbietet, sind offenbar solche Massnahmen, welche an sich unerlaubt und strafällig sind, wie z. B. Schädigung des Arbeitgebers an seinen Gebäuden oder an seiner Person, der Arbeiter an ihrem Fortkommen durch Vernunftklärung. Womit sollen denn Arbeiter und Arbeitgeber sich gegenseitig zum Nachgeben bewegen, wenn ihnen solche Drohungen mit wirtschaftlichen Nachteilen verboten sind? Hier soll der Strafrichter fern bleiben, so lange nicht an sich strafbare Handlungen in Betracht kommen. Mit gegenseitigen Liebenswürdigkeiten werden solche Streitigkeiten nicht geschlichtet. Dabei werden Drohungen immer eine Rolle spielen, und wenn sie nicht offen ausgesprochen werden dürfen, so werden sie sich auf Umwegen und im Geheimen geltend machen, und das ist dann schlimmer, als wenn sie offen und ehrlich kundgetan werden.«

Zugleich sei auch eine andere Gerichtsentscheidung, welche in den letzten Tagen des Oktober in Hirschberg i. Schl. stattfand, zur Kenntnis gegeben.

Im April d. J. traten die Hirschberger Zimmerleute in den Ausstand und etwa acht Tage später wurden von den Arbeitgebern die Maurer, die sowieso allein nicht weiter arbeiten konnten, ausgesperrt. Die Wiederaufnahme der Arbeit machten nun aber auch die Maurer von der Erfüllung der von ihnen inzwischen aufgestellten Forderungen abhängig. Am 19. Mai wurde ein Trupp ausländischer, arbeitswilliger Maurer auf dem Wege zu einem Neubau von etwa 50 ausständigen Zimmerleuten und Maurern begleitet, verhöhnt und beschimpft. Gegen 14 Maurer und Zimmerleute, die als Teilnehmer dieses Vorfalles ermittelt wurden, wurde

Anklage wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung erhoben. Das Schöffengericht sprach jedoch alle Angeklagten frei, weil bei den Maurern eine Aussperrung vorgelegen habe und da der § 153 nicht anwendbar sei. Hiergegen legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein und deren Vertreter beantragte in der jetzigen Verhandlung gegen jeden Angeklagten eine Woche Gefängnis. Demgegenüber führte der Verteidiger aus, dass sich die Angeklagten in Notwehr gegenüber einem unberechtigten Angriff der Arbeitgeber auf ihr Koalitionsrecht befanden hätten. Die Arbeitgeber hatten nämlich schwarze Listen über die gewerkschaftlich organisierten Maurer und Zimmerleute in Umlauf gesetzt und die auswärtigen Banbarren ersucht, diese Organisierten nicht einzustellen. Diese »schwarzen Listen«, so meinte der Verteidiger, teilten nach der neuesten Entscheidung des Breslauer Oberlandesgerichts eine strafbare Handlung, ein Vergehen gegen § 153 dar, gegen das sich die Arbeiter in Notwehr befanden. Der Gerichtshof verurteilte jedoch einen Streikleiter zu einem Monat, zwei Maurer zu je zwei Wochen und die übrigen Angeklagten zu je einer Woche Gefängnis. Der Gerichtshof hat, wie in der Urteilsbegründung ausgeführt wurde, angenommen, dass die schwarzen Listen am 19. Mai noch nicht herausgegeben waren, zum Mindesten, dass die Ausständigen damals von ihnen noch keine Kenntnis hatten. Deshalb liege keine Notwehr vor. Im Übrigen sei der § 153 auch bei den Maurern anwendbar, da diese nachträglich Forderungen aufgestellt hätten. Aus diesen Gründen mussten, da der Gerichtshof schon in der gemeinsamen Begleitung eine Verhöhnung der Arbeitswilligen gesehen, alle Angeklagten verurteilt werden.

Teerkies als Strassenbelag.

Am 18. Oktober d. J. wurden in Zürich (Schweiz) Proben mit einem vom kantonalen Strassenaufsichts Aemterlichen Verfahren zur Herstellung eines elastischen Strassenbelags gemacht. Zur Probe diente ein Teil der Hohlstrasse, der mit einem Kiesbelag versehen wurde. Der Probe wohnte ein zahlreiches Publikum bei; darunter befanden sich Vertreter der hiesigen städtischen und kantonalen Behörden; auch eine Anzahl auswärtiger Städte hatten Vertreter abgeordnet, die mit grossem Interesse den Hergang der Strassenbekiesung verfolgten. Zwei Dampfwalzen waren in Tätigkeit, um die belagte Strasse in eine glatte Fahrbahn zu gestalten. Proben mit einem 6-spännigen, mit 100 Zentnern beladenen Lastwagen ergaben, nachdem der Kiesbelag »Makadam« genannt, genügend gewalzt war, ein befriedigendes Resultat. Über die Herstellung dieser Kiesart wird dem »Bund« berichtet: Der Schlagkies vor so lange berieselt, dass die Körner 30—50 mm Stärkedurchmesser erhalten, und wird von allen erdigen Bestandteilen befreit. Der trockene Kies wird dann in einer eigens dazu errichteten Maschine präpariert. Der Kies wird vorerst erwärmt, dann durch eine sich drehende Trommel in abwärts gleitender Bewegung dem flüssigen Teer ausgesetzt. Der Teer tropft auf den sich in steter Mischbewegung befindlichen Kies derart, dass jeder einzelne Kiesel mit einer Teerschicht umhüllt wird. Der aus der Maschine ausgetretene Teerkies wird an Haufen geschichtet und mit einer Schutzdecke umgeben und so 8—10 Wochen liegen gelassen. In dieser Zeit geht ein Gärungsprozess vor sich, der den Teer in die Poren des Kiesel eindringen lässt und so zur Verminderung der Staubeentwicklung beiträgt. Bei der Auffuhr auf die zur Bekiesung ansehbare Strasse ist peinlichste Reinlichkeit zu beobachten, sowie trockenes Wetter abzuwarten. Es dürfen sich keine fremden Stoffe dem Makadam beimischen. Das Walzen geschieht ohne Wasserbesprengung. Die Kosten der Herstellung sind unerheblich, der Teerverbrauch pro Kubikmeter Kiesel ist 20 kg, bei Kalkgestein 25 kg. Die Maschine wird von 4 Arbeitern bedient, sie liefert pro Tag 10—15 cbm. Das Patent ist in allen Kulturstaaten angemeldet.

Zur gefl. Kenntnis.

Angebote von gut durchgearbeiteten Zeichnungen und Photographien aus allen Gebieten der Architektur, welche sich zur Reproduktion für den technischen Teil und zu Kunstbeilagen eignen, sind uns stets erwünscht. Der Einsendung ist eine kurze Beschreibung und die Honorarforderung beizufügen.

Die Schriftleitung der „Ostdeutschen Bau-Zeitung“.

Rechtswesen.

Ausländische Arbeiter. Das Kammergericht hatte darüber Entscheidung zu treffen, ob ein Landrat befugt ist, eine Polizeiverordnung zu erlassen, welche vorschreibt, dass die Arbeitgeber ausländische Arbeiter nur dann beschäftigen dürfen, wenn dazu der Landrat seine Genehmigung erteilt; die Polizeiverordnung verpflichtet auch die Arbeitgeber, die Arbeiter vorschriftsmässig polizeilich anzumelden. Ein Direktor hatte ohne Genehmigung des Landrats ausländische Arbeiter beschäftigt und diese auch nicht polizeilich angemeldet. Das Kammergericht entschied, dass die Vorschriften der Polizeiverordnung in den vorhandenen Gesetzen keine Grundlage finden und mithin ungültig seien. Insbesondere gehe die Verordnung über den Rahmen hinaus, welcher durch § 6 des Polizeiverwaltungsgesetzes gezogen werde. Das Gesetz vom 31. Dezember 1842 gestatte der Polizeibehörde nur, den An- und Abziehenden oder den Personen Meldepflichten aufzuerlegen, die jenen Personen Quartier geben.

Arbeitgeber, welche ausländische Arbeiter im Bau- besonders im Ziegeleifach beschäftigen, dürfte diese Entscheidung besonders interessieren.

rd. Können Hypothekenzinsen nach dem jeweiligen Bankdiskont festgesetzt werden. Der Eigentümer eines mit einer Hypothek zu belastenden Grundstückes hatte beantragt, im Grundbuche die Erklärung einzutragen, er verpflichte sich, die Darlehenshypothek »zu dem jeweiligen Bankdiskont zu verzinsen«. Das Amtsgericht lehnte diese Eintragung ab, und das Landgericht und schliesslich das Oberlandesgericht Oldenburg haben diese Ablehnung gutgeheissen. Dabei stützten sich die Gerichte auf die Bestimmung des § 1115 des Bürgerlichen Gesetzbuches, wonach bei der Eintragung einer Hypothek »der Zinssatz« angegeben werden muss. Das sei aber nur so zu verstehen, dass aus der Grundbucheintragung der Umfang der Belastung des Grundstückes klar erkennbar werden müsse. Eine Bezeichnung auf eine ausserhalb des Grundbuchs liegende Quelle zur Bestimmung des Zinssatzes könne aber um so weniger für zulässig erachtet werden, als der § 1115 des Bürgerlichen Gesetzbuches zur Bezeichnung des Zinssatzes nicht einmal die Bezeichnung auf die Eintragungsbewilligung gestattet. Dabei wäre, selbst wenn man eine Bezeichnung für zulässig erachten wollte, dies gar nicht ohne weiteres möglich, denn die Unterstellung, dass mit dem jeweiligen Bankdiskont der Diskont der Reichsbank gemeint sei, ist nach dem Inhalte der Eintragungsbewilligung nicht gerechtfertigt. — Da der Bankdiskont einem fortwährenden Wechsel unterworfen ist, kann eine Eintragung des Zinssatzes im vorliegenden Falle nur in der Weise geschehen, dass die Grenzen der Zinsverpflichtung im Mindest- und Höchstbetrage angegeben werden. (Entscheid. des Oberlandesger. Oldenburg vom 28. Februar 06.)

Verschiedenes.

Ein Techniker als Minister. Der Direktor der Oberdirektion des Wasser- und Strassenbaues in Karlsruhe, Max Honsell, ist als Nachfolger Beckers zum badischen Finanzminister ernannt worden. Damit ist zum erstenmal in Baden ein Techniker auf den Posten eines verantwortlichen Ministers berufen. Die badische Regierung beweist damit ein weitgehendes Verständnis für die Bedeutung des modernen Ingenieurs und Technikers. Minister Honsell ist nach

der »Köln. Ztg.« 1843 in Konstanz geboren. Er wurde, 29 Jahre alt, zum Assessor bei der Oberdirektion des Wasser- und Strassenbaues ernannt, bei welcher Behörde er zum Baurat, Baadirektor und vor sieben Jahren zum Vorstand der Dienststelle aufstieg. Seit 20 Jahren hält Honsell an der Karlsruher Hochschule stark besuchte Vorlesungen über Wasserbau. Vor vier Jahren wurde er durch das Vertrauen des Grossherzogs in die Erste Kammer berufen, in der er wiederholt durch sein geschicktes und energisches Auftreten auffiel. Wir bemerken hierzu, dass das Bestreben der Fachvereine (Architekten- und Ingenieur-Vereine) schon seit Jahren dahin geht, Techniker statt Juristen in bedeutendere Staats- und Kommunalstellungen zu haben, leider ist es bisher erfolglos bzw. nicht mit dem nötigen Nachdruck vertreten.

Bodenspekulation. Im Jahre 1903 war das Terrain für die Rennbahn bei Weissensee zum Preise von 860 000 M. erworben worden. Nunmehr hat eine Gesellschaft dieselbe an sich ganz minderwertige Bodenfläche für 1800 000 M. erworben, um sie in Baustellen aufzuteilen. Haben schon die Eigentümer der Rennbahn bei dem Verkauf der Terrains einen mühselosen Reingewinn von mehr als 100 Proz. erzielt, so kann wohl als ziemlich sicher angenommen werden, dass der gesamte Verkaufspreis für die neuen Baugrundstücke gegenüber dem jetzt gezahlten Ramschpreise eine noch wesentlich stärkere Steigerung aufweisen wird. Die beklagenswerten Opfer dieses fortgesetzten Bodenwuchses werden schliesslich selbstverständlich diejenigen Leute sein, welche die exorbitant hohen Mieten für Geschäftsräume und Wohnungen in den neu entstehenden Mietskasernen bezahlen müssen. Diese Notiz wurde sogar von einer konservativen Zeitung gebracht und hierbei auf die Konsequenz aufmerksam gemacht, doch eine tüchtige Wertzuwachssteuer einzuführen, um der Allgemeinheit wenigstens einen Teil der von ihr, und nicht von dem Bodenbesitzer bewirkten Wertsteigerung zu sichern.

Verwüstung der Wüste. Heimatschutz tute auch in Ägypten not. Die ägyptischen Pyramiden werden voraussichtlich in nächster Zeit viel von ihrem grandiosen und sagenhaften Aussehen verlieren. Die ägyptische Regierung hat nämlich die Erlaubnis gegeben, die unebene Ebene, die von Esbekieh zum Nil geht, und in der die alten Sphinx und Bauwerke anfragen, mit Häusern, Palästen und Hotels zu bebauen. Es haben sich bereits mehrere Gesellschaften gebildet, die die malerische Aussicht benutzen wollen, um grosse Hotelanlagen hier zu errichten. Rings um die Pyramiden von Giseh sollen richtige amerikanische »Wolkenkratzer« mit neun bis zehn Stockwerken aufgeführt werden.

Handelsteil.

Es liegt uns in Buchform (grosstakt) von 133 Seiten »Mitteilungen der Handelskammer für den Reg.-Bez. Posen« vor. Der Inhalt besteht aus 3 Hauptabteilungen:

1. Bekanntmachungen,
2. Sitzungen der Handelskammern,
3. Die Tätigkeit der Handelskammern zur Vertretung von Handels- und Verkehrsinteressen. In 8 Unterabteilungen wird dieses Thema eingehend behandelt. Hieran schliesst sich noch ein »Nichtamtlicher Teil«.

Firmenregister.

Bojanowo-Baersdorf. Neu eingetragen: C. Methner, Maurer- und Zimmermeister, jetzt C. Methner & Sohn, Bojanowo-Baersdorf.
Danzig. Neu eingetragen: Bauunternehmung für Hoch- und Tiefbau, Mohaupt & Froese, Danzig.
Striegau. Neu eingetragen: Schliesische Chamotte- und Tonwerke, G. m. b. H., Becken.
Danzig. Neu eingetragen: Berliner Spiegelglas-Verkaufsscomptoir, G. m. b. H. in Berlin, Zweigniederlassung in Danzig.
Bromberg. Neu eingetragen: Max Mielke & Co., Bromberg, offene Handelsgesellschaft. Persönlich haftende Gesellschafter: Maurer- und Zimmermeister Max Mielke in Mrotschen und Maurermeister Alfred Mielke-Bromberg.
Oppeln. Neu eingetragen: Silesia, Neue Oppelner Portland-Zementfabrik, A.-G., Oppeln.

Streikbewegungen.

Zoppot. Die Zimmerleute, Maurer und Bauhilfsarbeiter nehmen Stellung zu erneuten Lohnforderungen. In einer dieser Tage abgehaltenen Versammlung kamen sie überein, den mit den Arbeitgebern bis April 1907 abgeschlossenen Lohnvertrag zu kündigen.

Königsberg. Die Gründung eines Arbeitgeberverbandes im Malergewerbe wurde einstimmig in der letzten Quartalsversammlung beschlossen.

Essen. Mehrere Zechenverwaltungen luden ihre Arbeiterausschüsse ein, mit ihnen über die Lohnfrage zu beraten.

Bautätigkeit.

Danzig. Nach dem »Reich« soll das Reichsamt des neu kürzlich das Gut Schellmühl bei Danzig für 655 000 M. gekauft haben. Am 1. Oktober wurde unter dem Vorsitz des Admirals von Bosse in gut besuchter Versammlung die »Wohnungs-Genossenschaft Neu-Schottland G. m. b. H.« gegründet. Das Reichsamt des Innern hat sich bereit erklärt, der Genossenschaft nach Bedarf Baulände des erworbenen Gutes in Erbbaupacht zu überlassen. Es sollen dort 1002 Familienhäuser errichtet werden. Jede einzelne Wohnung soll zwei Zimmer, Küche, Boden, Keller und 150 Quadratmeter Gartenland erhalten. Es soll ein mustergültiger Stadtteil entstehen, voll schmucker Häuschen und blühender Gärten. Als Mitglied der neuen Genossenschaft sind in erster Reihe die Angestellten der Kaiserlichen Werk, Arbeiter und Beamte, die ihre Dienststelle dauernd im Stadtbezirk haben, vorgesehen.

Welcher Baumeister

übernimmt die Ausführung eines grossen Baues in grösserer Stadt Mittelschl. u. nimmt gut Breslauer Zinshaus in Zahlung.

Off. unt. R. 104, Expd. d. Ztg.

Pa. Dachpappe

gröss. Posten weit u. Selbstkostenpreis gegen Kasse sofort zu verkaufen. Gef. Aufn. u. L. 43 Expd. d. Ztg.

Architekt sucht Stellung

geprüfter Maurermeister, 31 Jahr militärfrei, unversehrt, in grösserem Baugeschäft, wo spätere Teilhaberschaft oder Übernahme angestrebt wird. Suchender ist Roter, absolut selbständiger Arbeiter im Bureau und auf Baustelle. War in nur grösseren »Ausgeschäften« und Architektur-Ateliers (z. B.) Gef. Offerten unter »Retire« an die Expd. d. Ztg.

Zu sofortigem Dienstantritt gesucht:

3 Techniker

auf die Dauer von 1 1/2 Monat zur Ausarbeitung des ausführlichen Entwurfes für ein Lehrerseminar zu Schwerin a. W.

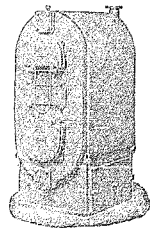
Gehalt bis 210 M. monatlich. Die Zureisekosten werden erstattet. Bewerber müssen durchaus vertraut mit den Veranschaulichungsarbeiten und gewandt im Zeichnen sein. Meldungen mit Zeugnisabschriften, Gehaltsansprüchen und Angabe über den Zeitpunkt des Dienstantritts sind zu richten an die Königl. Kreisbauinspektion Birnbaum Provinz Posen.

W. ZIMMERSTADT

FILIALE:
BRESLAU, Berlinerstrasse 56a
Telephon 1831

Spezial-Fabrik
für Zentral-Heizungs- u. Lüftungs-Anlagen
Niederdruck-Dampf- u. Warmwasserheizungen
Luftheizungen

Warmwasserbereitungen - Anlagen
für Villen, Wohnhäuser, Schulen, Kirchen, Krankenhäuser, Fabriken etc.
Dampf-, Koch- und Waschküchen-Einrichtungen
Trockenanlagen.



D. R. P.
Kessel für Wasser- und Niederdruck-Dampfheizung.



Gebiet
L. n. - L. n.

Villa Witt in Canth கி. கி. கி.

Schaubild von Osten

Architekten: Klein & Wolff

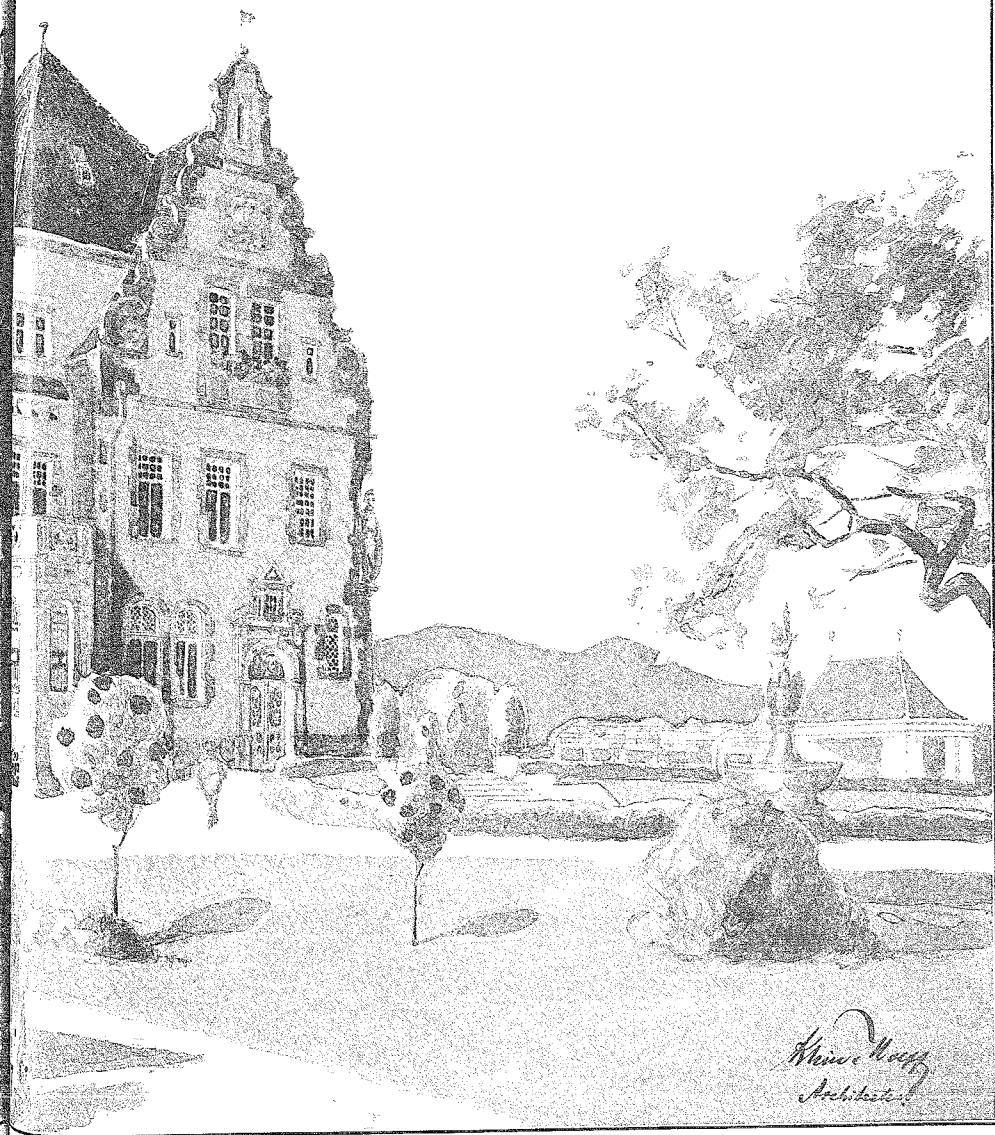
கி. கி. கி. in Breslau. கி. கி. கி.

OSTDEUTSCHE BAU-ZEITUNG

Ostdeutsche Bau-Zeitung

4. Jahrgang 1936 கி. கி. கி. Nr. 90.







in re
sind
fass
die
Dur
best
Die
selb
nich
keit
meh
und
für
vora

bäue
Erfar
Ver
oft
Wü
nete
Har
Wol
herr
Plan
eine
abge
alle
wün
wiro
man
und
Ans
zu s
lich
nete
Mitl
Her

jetzt
gent
Arch

und
Wü
dab

